

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

April 1948

Nr. 31

Preis S 2.-

VORWÄRTS ZU EINEM 1.MAI DER PROLETARISCHEN KAMPFESEINHEIT!

Wie in den beiden vergangenen Jahren wird auch heuer die österreichische Arbeiterklasse den 1.Mai in äußerlich machtvollen Demonstrationen begehen. Allein so imposant die Massenkundgebungen sein werden - wir Internationalen Kommunisten sind uns keinen Augenblick unklar darüber, daß dem äußerlich imponierenden Anblick der Massendemonstrationen keine innere Kraft entspricht. Die Kundgebungen des 1.Mai 1947 haben die Bourgeoisie nicht gehindert, ihre Rauboffensive gegen die Massen voranzutreiben. Das sogenannte "Lohn-Preisabkommen" hat den Reallohn um ein Bedeutendes gesenkt; die Bourgeoisie hat ihre Währungs"reform", durch die die bescheidenen Ersparnisse vieler zehntausender Arbeiter, kleiner Angestellter und Kleingewerbetreibender mit einem Federstrich konfisziert wurden, unter Dach und Fach gebracht. Die Arbeiterklasse hungert heuer so wie voriges Jahr - die Bourgeoisie schickt sich aber an, ihre Offensive fortzusetzen, mit einer Vermögensabgabe, die keinem Kapitalisten weh tut, mit der Forderung nach Produktionssteigerung, deren Früchte bestimmt nicht den Arbeitern zugute kommen werden, mit der Forderung

der "Verbilligung der Produktion". Die vorgeschrittenen Arbeiter wissen, daß alles das zusammengenommen das Programm der Sanierung der kapitalistischen wirtschaft auf Kosten der Massen ausmacht; sie wissen, warum die Bourgeoisie dieses Programm mit der Forderung nach der Verstärkung und dem Ausbau der staatlichen Exekutive, mit der Forderung nach der Aufstellung eines bürgerlichen Heeres unterstreicht. Sie wissen aber auch, warum die Bourgeoisie dieses Programm zum Teil bereits durchführen, zum Teil mit Aussicht auf Erfolg vorbereiten konnte.

ooooooooooooooooooooooooooooo
INHALT DIESER NUMMER:

Vorwärts zu einem
1.Mai der proletari-
schen Kampfeinheit!

Die Schuharbeiter
sind vorangegangen!

Die Todesstrafe -
ein Prüfstein.

Streiflichter
ooooooooooooooooooooooooooooo

Wieso gelingt der Bourgeoisie die Durchführung ihres Raubprogramms? Das ist das Ergebnis der Tatsache, daß jene Parteien, die angeblich Arbeiterinteressen vertreten, in Wirklichkeit Interessen dienen, die nicht die Interessen der Arbeiterklasse sind; daß SP und "Kommunistische" Partei, diese angeblichen Arbeiterparteien, in Wirklichkeit im Lager der Arbeiterklasse als Agenturen klassenfremder Kräfte wirken: die SP als Partei der Arbeiterbürokratie des kapitalistischen Staates, die "Kommunistische" Partei als Agentur der verkommenen Stalinclique, beide aber als getreue Lakaien ihrer Herren, der in dem einen Fall die Bourgeoisie, im anderen Fall die Sowjetbürokratie ist. So wie vor 1933 in Deutschland, vor 1934 in Österreich SP und Stalinpartei zuerst den Kampfgeist der Arbeiterklasse gebrochen haben, bevor ihr die Faschisten das Rückgrat brechen konnte, so verwirrt auch heute der Einfluß dieser Parteien den Geist des Proletariats, lähmt es, zersetzt seine Kampfkraft.

Die Schwäche des Proletariats liegt weder in mangelnder Kampfkraft, noch in mangelnder Kampfbereitschaft der Arbeiter begründet. Der Schuharbeiterstreik zeigt, daß die Arbeiter selbst unter schwierigen Bedingungen zu einem ernsthaften Kampf bereit sind. Die angebliche Schwäche der Arbeiterklasse ist das Ergebnis der wirklichen Schwäche ihrer gegenwärtigen Führung, die Verrat an Verrat setzt. Das erste also, wofür die fortgeschrittenen Arbeiter und vor allem wir Internationalen Kommunisten kämpfen müssen, am 1. Mai und im Alltag des Klassenkampfes, ist, den Einfluß der Verratsparteien zu brechen, indem sie dem Proletariat eine neue Führung aufbauen.

Vorwärts zur neuen Klassenpartei!

Vorwärts zu einer Partei der Vierten Internationale!

Die SP ist ein Lakai der Bourgeoisie, die Stalinpartei eine Agentur der Sowjetbürokratie. Zwischen Bourgeoisie und Sowjetbürokratie bestehen schwere außenpolitische Gegensätze, die daraus entstehenden Konflikte tragen sie auf dem Rücken der Massen aus. Der Konflikt der Herren setzt sich fort im Konflikt ihrer Lakaien. SP und Stalinpartei stehen sich in grimmiger Rivalität gegenüber. Die SP hat bereits voriges Jahr jedes Zusammengehen mit der Stalinpartei abgelehnt; heuer hat auch die Stalinpartei darauf verzichtet, der SP ein Angebot für eine gemeinsame Mai-Demonstration zu machen. Am 1. Mai werden SP und Stalinpartei getrennt aufmarschieren, wird die Arbeiterklasse öffentlich sichtbar gespalten sein durch die Schuld dieser Parteien. Wir Internationalen Kommunisten stellen eine kleine Minderheit bewußter Arbeiterrevolutionäre innerhalb des Proletariats dar; doch unser Programm ist gegründet auf den Interessen der gesamten Arbeiterklasse, des internationalen Proletariats; unsere gesamten Handlungen sind darauf ausgerichtet, die proletarische Kraft durch Herstellung der proletarischen Kampfeinheit zu stärken. Wo wir können, üben wir Kritik an der SP und Stalinpartei, die die Konflikte ihrer Herren auf dem Rücken und auf Kosten der Arbeiterklasse austragen und diese dadurch spalten; wir verbinden diese Kritik damit, daß wir den vorgeschrittenen Arbeitern den Weg zur Herstellung der proletarischen Einheit im praktischen Kampf weisen.

Gegen die Spalter der Arbeiterklasse!

Für die proletarische Kampfeinheit!

Die proletarische Einheit kann einzig und allein im Kampf für die proletarischen Klasseninteressen hergestellt werden. Faschismus, Krieg und kapitalistische Sanierung haben den Lebensstandard der Arbeiterklasse auf ein Minimum gesenkt. Wenn das Proletariat seine alte Klassenkraft zurückgewinnen will, muß es zuerst gegen seine ungeheure Verelendung ankämpfen, die heute ein von der Bourgeoisie bewußt angewandtes Mittel ist, um es in seinem Schwächezustand zu erhalten.

Entfaltung des breitesten Massenkampfes gegen die ökonomische Verelendung!

Kampf für die Erhöhung des proletarischen Realeinkommens!

Der österreichischen Arbeiterklasse ist eine besondere Last infolge der Besetzung Österreichs durch fremde Truppen auferlegt. Die angeblichen Befreier haben sich schon längst als Unterdrücker entlarvt, die dieses Land schamlos ausplündern. Die Kosten der Besetzung müssen vor allem von der Arbeiterklasse getragen werden. Das Besatzungsregime verweigert dem österreichischen Volk grundlegende demokratische Rechte und stellt insbesondere für den Kampf der Arbeiterklasse eine bedeutende Erschwerung dar. Es steht im schroffen Widerspruch zum Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung.

Für den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller fremden Truppen aus Österreich und allen übrigen besetzten Länder!

Die österreichische Arbeiterklasse, die in einem von den Truppen der beiden weltpolitischen Mächtegruppierungen gemeinsam besetzten Land lebt, verspürt durch die Erfahrung an eigenen Körper besonders gut, wie sehr die Gegensätze zwischen diesen Mächtegruppierungen sich verschärft haben. Wenn diese Gegensätze sich weiter verschärfen, wenn es wirklich zu einem neuen Weltkrieg kommen sollte, dann werden die Massen der heute noch besetzten Länder die ersten Opfer eines solchen neuerlichen Verbrechen an der Menschheit sein. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an einem solchen Krieg, in dem Klassenbruder gegen Klassenbruder kämpft für Interessen, die dem Proletariat fremd sind. Wir Internationalen Kommunisten erklären den Arbeitern, daß ein dritter imperialistischer Weltkrieg unvermeidlich ist, wenn die Arbeiter nicht vorher die Kapitalisten aller Länder stürzen.

Gegen die imperialistischen Kriegshetzer! Gegen den imperialistischen Krieg!

Wir Internationalen Kommunisten erklären den Arbeitern aber auch den Anteil der verkommenen Sowjetbürokratie an der Schuld für einen neuen imperialistischen Krieg. Die Sowjetbürokratie hat nach der Beendigung des zweiten imperialistischen Weltkrieges mit Hilfe ihrer fälschlicherweise kommunistischen Partei genannten Agentur überall eine Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten betrieben und diesen geholfen, wieder fest in den Sattel zu kommen. So wie sie seit mehr als zwei Jahrzehnten die russischen Massen einer schrankenlosen bürokratischen Diktatur unterworfen haben, so haben sie in den sogenannten "Volksdemokratien" die Massen unter ein Polizei- und Militärregime gestellt, das sich ähnlicher Methoden wie der Faschismus bedient. Die antidemokratische Gangsterpolitik der Stalinbürokratie ist heute das Haupthindernis, das der internationalen Arbeiterklasse die siegreiche Entfaltung des Klassenkampfes zum Sturz der Bourgeoisie verwehrt.

Gegen den Stalinismus und seine Methoden!

Für die Demokratie in der Arbeiterbewegung!

Wir Internationalen Kommunisten sind heute eine unbedeutende Minderheit der Arbeiterklasse. Aber wir sind zugleich die einzigen, die in ihrem Programm und in ihrer Praxis die wahren Interessen des internationalen Proletariats vertreten, die der proletarischen Revolution, dem proletarischen Internationalismus und der Arbeiterdemokratie treu geblieben sind. Am 1. Mai 1948 geloben wir uns, den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse auf dem Boden unseres Programms, des Programms der IV. Internationale fortzusetzen.

Es lebe die IV. Internationale!

DIE SCHUHARBEITER SIND VORANGEGANGEN!

Am 3. März sind die Schuharbeiter in den Streik getreten. Der Streikbeschuß wurde fast einstimmig (99% dafür) in geheimer Abstimmung gefaßt. Der Kampf geht um die gesetzliche Verankerung folgender Forderungen im Kollektivvertrag:

1. 44-Stunden- und 5-Tageweche.
2. Das Mitentscheidungsrecht der Betriebsräte bei Aufnahmen und Entlassungen.
3. Einen bezahlten Wirtschaftstag im Monat für die Frauen.
4. Urlaubs- und Weihnachtsremuneration sowie zusätzlichen Sechstagurlaub für Kriegsinvalide und politisch schwer Geschädigte.

Der Streik begann als rein wirtschaftlicher, wie schon einige Monate vorher der in der Papierindustrie und der Hutmacher. Die SP versuchte mit Hilfe des ÖGB zu bremsen und die Schuharbeiter zu isolieren. Die Schuharbeiter wandten sich mit einem Flugblatt an die Arbeiteröffentlichkeit, in dem sie die grundsätzliche Bedeutung ihres Kampfes unterstrichen, auf die Bedeutung hinwiesen, die das Ergebnis ihres Kampfes für den Abschluß aller übrigen Kollektivverträge besitze, und zur Solidarität aufriefen.

Von diesem Augenblick an bekam der Kampf politische Bedeutung. Unter dem Druck der Arbeiter in den Betrieben mußte die SP die Solidaritätskundgebungen zumindest dulden, wollte sie nicht Gefahr laufen, die ihr folgenden Arbeiter der Stalinpartei in die Arme zu treiben. Diese wieder hat sich von allem Anfang an bemüht, die Führung des Streiks in ihre Hände zu bekommen, um ihn für ihre "volksdemokratischen" Ziele auszunützen.

Wie der Verlauf der letzten Vollversammlung zeigte, steht der grösste Teil der Schuharbeiter sowohl der SP- als auch der Stalinbürokratie kritisch gegenüber. Fast alle Debattenredner brachten zum Ausdruck, daß der Kampf der Schuharbeiter ein Kampf gegen die Kapitalisten sei, daß ihre Forderungen nur auf Kosten der Kapitalistenklasse durchgesetzt werden können und daß dies nur dann möglich sei, wenn sich die Arbeiter zum gemeinsamen antikapitalistischen Kampf zusammenschließen. Wie die bisherigen Erfahrungen aber zeigen, sei dieser gemeinsame Kampf nur gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, möge sie nun der SP oder der Stalinpartei angehören, möglich.

Wir Internationalen Kommunisten unterstützen den Kampf der Schuharbeiter mit allen Kräften. Wir unterstützen diesen Kampf aber auch ohne jeden Hintergedanken; unser Ziel ist der Sieg der Schuharbeiter über die Schuhindustriellen. Wir unterstützen aber auch die kampfwilligen Arbeiter innerhalb der SP und der Stalinpartei, ja sogar die Stalinpartei selbst in ihren Anstrengungen, den Schuharbeitern zum Siege zu verhelfen. Dort, wo SP und Stalinpartei versuchen, den Streik für parteiegoistische Zwecke, für ihre bürokratischen Interessen auszunützen, dort treten wir ihnen entgegen, indem wir gleichzeitig vor den Arbeitern ihr verräterisches Verhalten kritisieren.

Der Streik der Schuharbeiter hat bei einem großen Teil der Arbeiter Sympathie gefunden und viele von ihnen zu Solidaritätskundgebungen mit den Streikenden veranlaßt. Die Arbeiter fühlen instinktiv, daß ihnen die Schuharbeiter vorausgegangen sind auf jenem Weg, den sie selbst gehen, auf dem sie weiter kämpfen müssen, wenn sie sich der kapitalistischen Rauboffensive erwehren wollen. Es ist dies der Weg des außerparlamentarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie.

Das wichtigste Hindernis in diesem Kampf sind SP, Stalinpartei und verbürokratisierte Gewerkschaftsspitzen. Den Internationalen Kommunisten muß es gelingen, den Arbeitern zu helfen, dieses Hin-

dernis zu überwinden. Dies ist nur mit Hilfe der fortgeschrittenen, revolutionären Arbeiter möglich. Daher verbinden wir unsere Teilnahme am Kampf um Tagesfragen, unsere Teilnahme am Kampf der Schuharbeiter, mit der revolutionären Propaganda in den Reihen der fortgeschrittenen Arbeiter. Revolutionäre Propaganda unter den heutigen Bedingungen bedeutet aber, den Kampf für jene Forderungen, für die die Arbeiterklasse bereit ist, zu kämpfen, für die die Schuharbeiter bereit waren, in den Kampf zu treten, zu verbinden mit dem Kampf für den revolutionären Sturz der Bourgeoisie.

Die Steigerung des Kampfes, den die Schuharbeiter begonnen haben, zu einem die gesamte Arbeiterklasse, die Massen erfassenden revolutionären Kampf ist nur möglich mit Hilfe der revolutionären Klassenpartei. Zu glauben, die Massen könnten ohne Klassenpartei siegen, ist dieselbe opportunistische Illusion, wie zu glauben, die Massen könnten unter Führung von SP und Stalinpartei siegen. Im günstigsten Falle können sie unter größten Opfern und indem sie ihre verräterische Führung unter Druck setzen, Teilerfolge erringen. Auf die Dauer können sie aber ihre Erfolge nicht behaupten. Das wird die wichtigste Erfahrung aus dem Streik der Schuharbeiter für die fortgeschrittensten Arbeiter werden: ohne revolutionäre Klassenpartei können die Arbeiter, die Massen keine entscheidenden Siege über die Bourgeoisie erringen.

Deshalb dürfen wir Internationalen Kommunisten den Arbeitern und erst recht nicht den Schuharbeitern, Illusionen über ihre Kämpfe machen. Nur wenn sie entschlossen sind, wie bisher geschlossen und konsequent ihren Kampf weiterzuführen und nur mit Hilfe der Solidarität der übrigen Arbeiterschaft wird es ihnen gelingen, ihre Forderungen durchzubringen. Die zuständige Gewerkschaft hat den Streik nur unter Druck von unten anerkannt. Mit Hilfe der gesamten kampfgewillten Arbeiterschaft muß es den Schuharbeitern gelingen, vom ÖGB die Erweiterung des Kampfes zu erzwingen.

Wir Internationalen Kommunisten unterstützen den Kampf der Schuharbeiter und treten ein:

FÜR DIE SOLIDARITÄT MIT DEN SCHUHARBEITERN!

FÜR DIE ERWEITERUNG DES KAMPFES!

FÜR DEN SIEG DER SCHUHARBEITER!

DIE TODESSTRAFE - EIN PRÜFSTEIN!

Am 30.6.48 sollte das Recht der ordentlichen Gerichte Österreichs, die Todesstrafe verhängen zu können, zum Tode zu verurteilen, ablaufen. Dies war der Anlaß einer sich darüber entfaltenden Diskussion. Die Frage ist für kämpfende Arbeiter nicht unwichtig, denn sie hängt mit der Machtfrage eng zusammen. Sie ermöglicht uns, den "Marxismus" von SP und Stalinpartei und besonders das "Links"tum der SP-Oppositionellen zu überprüfen. Die Machtfrage ist jener Punkt, an dem sich der Opportunismus vom revolutionären Weg trennt; die Stellung zur Todesstrafe ist darum nichts anderes als die Konsequenz der tatsächlichen Stellung zur herrschenden Bourgeoisie selbst.

Die sogenannten ordentlichen Gerichte sind zur Aburteilung krimineller Verbrechen und leichterer politischer Delikte da. Aber niemand wird als Verbrecher geboren; Ausbeutung, Not und Elend sind in der übermeisten Mehrzahl aller Fälle die Ursache der kriminellen Verbrechen. Für die Existenzbedingungen der Massen ist die herrschende Ausbeuterklasse verantwortlich. Wir können ihr also nie das Recht zusprechen, ihre eigenen Opfer selbst mit dem Galgen zu bestrafen.

Die außerordentlichen Gerichtshöfe beschäftigen sich ausschließlich mit schweren politischen "Verbrechen" gegen die herrschende Klasse, wie Hochverrat, umstürzlerische Tätigkeit, Verschwörung gegen den Staat usw. Sie verhandeln nicht so schwerfällig wie die ordentlichen Gerichte, sondern im abgekürzten Verfahren und fällen viel schärfere Urteile als diese. Gegen ihre Urteile ist in der Regel kein Rechtsmittel zulässig, sie sind meist endgültig und sofort vollstreckbar. Wenn die "öffentliche Ordnung und Sicherheit" durch politische Streiks, Aufruhr, Rebellion stark gefährdet oder gestört ist, dann wird das Standrecht verhängt, das eine summarische Aburteilung im kurzen Verfahren gestattet. In besonders zugespitzten Situationen wird die gesamte Bevölkerung mittels des Belagerungszustandes unter die blutige Militärgerichtsbarkeit gestellt.

Das außerordentliche Verfahren ist also ein Mittel, mit dem die herrschende Klasse dem verschärften revolutionären Klassenkampf zu begegnen trachtet. Diese Gerichte bedienen sich vorzugsweise der Todesstrafe. Sie können als Standgerichte, Kriegsgerichte, "Volksgerichte" usw. in bestimmten "Ausnahmefällen" eingesetzt werden. Ein solcher "Ausnahmefall" war z.B. im Feber 1934 gegeben. Damals schützten Standgerichte erfolgreich den bürgerlichen Staat; damals deckte der verhängte Belagerungszustand den zügellosen Terror gegen die Arbeiterklasse.

Die marxistische Stellung zur Todesstrafe kann daher nur lauten: Alles Recht ist Klassenrecht! Jedes Regime war Hochverrat, ehe es gesiegt hatte! Die unterdrückte und ausgebeutete Arbeiterklasse muß im kapitalistischen Staat grundsätzlich gegen die Todesstrafe sein, denn sie ist ein Machtmittel in der Hand ihrer Feinde. Umgekehrt wird das herrschende Proletariat zur Niederschlagung der bürgerlichen Konterrevolution und zur Sicherung der Räteredemokratie auch die Todesstrafe anwenden! Wir sehen, daß für den Marxismus die Anwendung dieser Strafe also keine Frage der Moral, der Gerechtigkeit usw., sondern eine solche der den jeweiligen Bedingungen des Klassenkampfes entsprechenden Zweckmäßigkeit ist.

Opportunismus und Todesstrafe

Die Opportunisten stellen sich zur Todesstrafe nicht anders als zur bürgerlichen Klassenherrschaft, bzw. zu deren "demokratischer" Form. Paula Wallisch fordert z.B. einfach die Abschaffung der Todesstrafe. Sie begründet dies mit dem sentimentalischen Satz: Du sollst nicht töten! Hindels kann diese Forderung heute (von ihm selbst betont!) nicht unterstützen, da sich seiner Ansicht nach die "österreichische Demokratie" derzeit im "Zustand der Notwehr" befindet. Er vergißt, daß er damit der Bourgeoisie eine Waffe zubilligt, die morgen diese "Demokratie" zerschmettern helfen kann. Hier trifft er sich ferner auf gleicher Ebene mit Oskar Pollak. In der praktischen Schlußfolgerung sind sich die beiden vollkommen einig. Erst in der Argumentation trennt sich der "Linke" vom offenen Opportunisten.

Pollak erklärt offen: "Die Todesstrafe ist das extremste Verteidigungsmittel des Staates gegen seine Feinde, der Gesellschaft gegen unverbesserliche Widersacher". Diese Ansicht ist richtig, nur müssen wir jeweils hinzusetzen, welchen Staates, welcher Gesellschaft! Auf dem Papier Sozialist, gehört Pollak durch seine Praxis zum kapitalistischen Staat. Hindels hingegen führt die große französische Revolution als Zeugin für sich an; er beruft sich auf die Justiz der oben zur Macht gekommenen Bourgeoisie, um heute die Todesstrafe zu verteidigen, für ihn besteht kein Unterschied zwischen den gegen die feudale Konterrevolution gerichteten Tribunalen der revolutionären und den gegen die sozialistische Revolution eingesetzten Justiz der reaktionären Bourgeoisie!

Nach dem ersten Weltkrieg wurde in Österreich die Todesstrafe im ordentlichen, nicht aber im außerordentlichen Verfahren abgeschafft. Das erlaubte der Bourgeoisie, sie in dem ihr notwendig erscheinenden Zeitpunkt anzuwenden. Es ist bisher noch keinem der "Linken" eingefallen, gegen das außerordentliche Verfahren Stellung zu nehmen; Hindels weist ihm im Gegenteil die Funktion zu, die "österreichische Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen".

Wir sehen, daß Pollak und Hindels, SP-Knechte und SP-"Linke" wenn auch auf verschiedenen Wegen, wenn auch mit einer etwas anderen Argumentation, dennoch zu dem gleichen Ergebnis kommen, der Aufforderung nämlich: "Staat, greif' zu!" Es ist der kapitalistische Klassenstaat, der zugreifen soll. Die österreichische und deutsche Arbeiterklasse hat mit dieser Politik die traurigsten Erfahrungen gemacht. Das "Zugreifen" des Staates hat immer darin bestanden, daß er nur nach links erbarmungslos zugegriffen hat, während er Heimwehrlere und Nazi zwischen den Fingern durchschlüpfen ließ. 1933 in Deutschland wie 1934/38 in Österreich hat sich der Staatsapparat einschließlich der Justiz in der Hand der kapitalistischen Konterrevolution als eine furchtbare Waffe gegen die Arbeiterklasse erwiesen. Bis jetzt gibt es kein geschichtliches Beispiel hierfür, daß dieser Apparat irgendwo die Arbeiterklasse, die "Demokratie" gegen ihre Feinde geschützt hätte - und es wird auch in Zukunft kein solches Beispiel geben. Und diesen Staat, der das wichtigste Instrument der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft ist, gesteht die SP das Recht zu, die Todesstrafe zu verfügen!

Ja, aber heute tagen die Sondergerichte nicht gegen revolutionäre Arbeiter, sondern gegen die Naziverbrecher, sagt die SP; soll sie auch für diese aufgehoben werden? Die "Volks"gerichte der zweiten Republik haben bisher nur einige der kleinen Nazi, nur einige der kleinen Folterknechte hängen lassen. Die grossen Nazi und ihre Wegbereiter und Hintermänner sind entweder sehr glimpflich davongekommen mit Strafen, die durch die Untersuchungshaft längst verbüßt waren - wie Phillip Schöllner, oder sie wurden freigesprochen - wie Guido Schmidt, oder sie wurden weder vor Gericht gestellt noch angeklagt oder überhaupt verhaftet und eingesperrt. Wozu also das Geschrei über die Notwendigkeit der Todesstrafe "für die Feinde der Demokratie", wenn diesen Feinden trotz der Todesstrafe bisher überhaupt nichts geschehen ist? Für die Bourgeoisie ist dieses Geschrei nur der Vorwand, um eine Waffe in der Hand behalten zu können, die sie in Zukunft wieder gegen die Arbeiter verwenden kann. Für die SP ist dieses Geschrei die Tarnung, mit deren Hilfe sie der Arbeiterklasse den "schärfsten Kampf gegen den Faschismus" vortäuschen will, während sie in Wirklichkeit das einzige Mittel, das den Faschismus wirksam verhindern kann, - den außerparlamentarischen Massenkampf - verhindert und sabotiert.

Wir Internationalen Kommunisten sind gegen jede vom bürgerlichen Staat und seiner Justiz verhängte Todesstrafe, mag sie für kriminelle Verbrechen ausgesprochen oder - meist auf dem Papier - den Faschisten angedroht werden. Die Todesstrafe ändert nichts an den durch den Kapitalismus bedingten grauenvollen Lebensbedingungen der Massen, auf deren Konto die übergroße Mehrzahl aller kriminellen Verbrechen zu setzen sind. Und sie kann schon gar nicht die Arbeiterklasse vor einem neuerlichen Aufkommen des Faschismus schützen. Der Faschismus kann nur durch den konsequenten Massenkampf gegen seine Auftraggeber, die Kapitalisten, verhindert werden. Diesen Kampf zu organisieren, ihn zu führen und zu steigern bis zum Sturz der blutbesudelten Kapitalistenklasse - darin besteht in Wahrheit die einzige und historisch gerechte Strafe für die unzähligen Verbrechen des Faschismus. Der einzelnen faschistischen Verbrecher wird sich ein kämpfendes Proletariat erwehren, wird sie der verdienten Strafe zuführen können in dem Maße, als es aufhört, dem bürgerlichen Gericht zu vertrauen und anfängt, einzig und allein auf seine Klassenkraft zu setzen.

1945 haben SP und Stalinpartei gleichermaßen eine wirkliche Abrechnung mit den Faschisten verhindert, die nur darin hätte bestehen können, diese vor Tribunale zu stellen, die aus Opfern des Faschismus, KZlern, Bingekehrten, Angehörigen von Hingerichteten etc. zu bilden und deren Urteile sofort und öffentlich zu vollstrecken gewesen wären. Für solche von der bürgerlichen Justiz unabhängige und darum in Wahrheit demokratische Tribunale, für die von solchen Tribunalen verhängte Todesstrafe über Naziverbrecher treten wir auch heute ein. Solche wahren Volksgerichte werden in dem Maße zur Wirklichkeit werden, in dem der außerparlamentarische Massenkampf gegen die Bourgeoisie sich siegreich entfaltet.

STREIFLICHTER:

Die Lebenshaltungskosten weiterhin im Anstieg! Nach dem soeben erschienenen Monatsbericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung ist trotz einer gewissen Senkung der Preise auf dem freien und auf dem schwarzen Markt eine weitere Steigerung des Lebenshaltungskostenindex auf Grund eines friedensmäßigen Verbrauchsschemas von Februar (457.0) bis März (467.1) festzustellen. Es ist die bisher stärkste Erhöhung (22%) seit Oktober 1947. Wenn nun in dem Bericht selbst zu dieser Erhöhung schamhaft bemerkt wird, sie sei im wesentlichen fiktiv und rührt aus Preiserhöhungen von Waren her, die für die große Masse der Verbraucher entweder überhaupt nicht oder nicht in der friedensmäßigen Quantität erhältlich sind, so ist das eine Ignoranz der einfachen unbestreitbaren wirtschaftlichen Tatsache gegenüber, daß die unterernährten und verelendeten Arbeiter, die nun schon zehn Jahre und oft noch mehr von ihrer Substanz leben, sich bei dem heute ansteigenden Warenangebot und den damit steigenden Bedürfnissen gezwungen sehen, diese lebensnotwendigen Artikel, wie Kleider, Hausgeräte, Möbel usw. zu teuren Preisen und minderer Qualität zu kaufen. Die Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft schließt nicht nur die lebensnotwendige Ernährung ein, sondern auch Wohnung, Bekleidung und die Befriedigung gewisser kultureller Bedürfnisse. Wenn das Leben für die Arbeiter teurer wird, beginnen sie auf diesem letzteren Sektor zuerst zu sparen. Nichts zeigt deutlicher die Auswirkungen der Verelendungsoffensive der Bourgeoisie auf die Massen, als die letzthin gemeldete Theaterkrise, oder der stark gesunkene Verkauf von Büchern. Das ist nun der Erfolg der von den Kapitalisten durchgeführten und von der SP unterstützten Sanierungspolitik, dessen wichtigste Etappe der "Lohn-Preisakt" und das "Währungsschutzgesetz" waren. Die so lärmend angekündigte Preissenkungsaktion der SP soll die Arbeiter nur darüber hinwegtäuschen und sie vom berechtigten Kampf um die Erhöhung ihres gesunkenen Reallohnes abhalten. Aber auch hier müssen die Arbeiter die SP und die von ihr geführten Gewerkschaften beim Wort nehmen und verlangen, daß die Preissenkungsaktion unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte durchgeführt wird. Das wirksamste Mittel dazu wird die Öffnung der Geschäftsbücher und Kontrolle der Gewinne der Kapitalisten sein. Des weiteren müssen die Arbeiter die laufende Veröffentlichung eines unter Kontrolle der Gewerkschaften berechneten Lebenshaltungskostenindex verlangen, auf dem die gleitende Lohnskala aufgebaut ist. - Nichts ist bezeichnender für den bewußten Betrug an den Massen, als der Umstand, daß die hier verzeichnete Meldung über die Steigerung des Lebenshaltungskostenindex wohl im internen "Gewerkschaftlichen Nachrichten-Dienst" erschien, aber nicht in den von den

breiten Massen geloesenen Zeitungen veröffentlicht wurde. Die Bürokraten zensurieren und fälschen also bewußt ihre Presseerzeugnisse, um die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiterklasse und somit die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes zu hemmen.

Wir lassen uns nicht verwirren! Der in der "Stimme der Jugend" Nr. 6 unter diesem Titel erschiene Aufsatz will das Wesen und das Verhältnis der drei offiziell in Österreich bestehenden Parteien zueinander klarstellen. Soweit er die ÖVP als "die Partei des Besitzes, die die Profite der Kapitalisten und Grundbesitzer verteidigt und die ein kapitalistisch-reaktionäres Österreich, in dem die Unternehmer zu bestimmen und die Arbeiter den Mund zu halten haben" charakterisiert, können wir ihm voll und ganz zustimmen. Soweit er sich aber nun mit der Frage der Konzentrationsregierung beschäftigt, ist er in seinen Schlußfolgerungen widerspruchsvoll und unkonsequent und bringt gefährliche Verwirrung in die Reihen der jungen Sozialisten, wenn es dort heißt: "Wir haben in Österreich gegenwärtig eine sogenannte Konzentrationsregierung, die von der ÖVP und unserer Partei gebildet wird. Diese Regierung ist ein Produkt der besonderen Verhältnisse, unter denen wir leben, sie hängt eng zusammen mit der fremden Besetzung. Die Tatsache der Konzentrationsregierung ändert nicht das geringste an dem unüberbrückbaren Gegensatz, der zwischen unserer Partei und der Partei der Figl und Raab besteht. Wir sehen in dieser Regierung bloß eine vorübergehende Erscheinung und haben für keinen Augenblick unser Ziel aufgegeben: die ganze Macht im Staat zu erobern. Dabei ist es jedem von uns klar, daß wir dieses Ziel nicht mit, sondern nur im schärfsten Kampf gegen die ÖVP erreichen werden. Die Sozialistische Partei und die ÖVP stehen einander als unversöhnliche Gegner gegenüber - obwohl sie momentan in der gleichen Regierung sitzen und daher häufig miteinander verhandeln müssen."

Wenn hier also schamvoll gesagt wird, die Koalition ist ein Produkt der besonderen Verhältnisse, unter denen wir leben, sie hängt eng zusammen mit der fremden Besetzung, so heißt das nicht die Frage ehrlich zu klären, sondern mit einer geschickten Redewendung darüber hinwegzugehen. Denn untersuchen wir einmal konkret die "besonderen Verhältnisse". Bestehen sie nicht vor allem im Bankrott des kapitalistischen Systems in Österreich, bestehen sie nicht vor allem darin, wie es im selben Artikel richtig weiter heißt: "Die ÖVP will, daß alle Opfer, alle Lasten von den Arbeitern und Angestellten, von den minderbemittelten Schichten des Volkes getragen werden. Sie setzt ihre ganze Kraft als Mehrheitspartei ein, um die Reichen, um die Besitzenden zu schonen. Die Landeshauptleute und Bauernführer der ÖVP stellen sich schützend vor die Ablieferungssaboteure. Die ÖVP-Unternehmer, mit dem berüchtigten Raab an der Spitze, weigern sich, mit den Industriepreisen herunterzugehen, obwohl das durchaus möglich wäre. Und so ist es auf allen Gebieten."

Die "besonderen Verhältnisse" bestehen in unserer Epoche vor allem darin, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie, ihre Parteien und ihren reaktionären Staatsapparat das kapitalistische System stürzen und die proletarische Macht aufrichten muß. Die Klasseninteressen von Proletariat und Bourgeoisie sind diametral entgegengesetzt, zwischen ihnen kann es keine Zusammenarbeit, auch keine vorübergehende geben, sondern nur den unversöhnlichen Klassenkampf. Jede diesem elementaren Grundsatz widersprechende und trotzdem unternommene Zusammenarbeit hebt wohl den Klassengegensatz nicht auf, bedeutet aber tatsächlich in seinen Auswirkungen den Verrat an den proletarischen Klasseninteressen. Denn die praktische Zusammenarbeit, wie sie sich heute zwischen der ÖVP und SP in der gemeinsamen Regierung vollzieht,

